

## Trump-Zölle: Weshalb die Schweiz nun stärker die Nähe der EU sucht

Von Janos Allenbach-Ammann

**US-Präsident Trump trifft die Schweizer Wirtschaft mit seinen 39-prozentigen Zöllen schwer und gibt den Pro-Europäern im Land Aufwind. Für eine neue Beitrittsdiskussion reicht der Druck aus den USA jedoch noch nicht.**

Der Schock war groß, als Trump am 1. August – dem Schweizer Nationalfeiertag – einen Zollsatz von 39 Prozent für die Schweiz verkündete. Kaum ein anderes europäisches Land ist so abhängig von den Exporten in die USA. Der Wert der US-Exporte macht circa sieben Prozent des schweizerischen BIPs aus. Zum Vergleich: in Deutschland liegt der entsprechende Wert bei unter vier Prozent. „Die US-Zölle werden einen spürbaren Effekt auf die Schweizer Wirtschaft haben“, sagte Stefan Legge, Head of Tax & Trade Policy am Institut für Recht und Wirtschaft der Universität St. Gallen.

**Dabei ist die Pharmabranche noch von den Zöllen ausgenommen.** Chemie- und Pharmaprodukte machen über die Hälfte aller Schweizer Exporte in die Vereinigten Staaten aus. „Die Pharmaindustrie ist enorm wichtig für die Schweiz“, sagte Legge *Table.Briefings*. „Aufgrund der außerordentlich hohen Medikamentenpreise in den USA gibt es für die Pharmabranche eigentlich keinen Alternativmarkt zum amerikanischen.“ Trump hat mit Zöllen sowie mit Preisregulierungen gedroht.

**Hart trifft es die Maschinenindustrie.** Maschinen und Präzisionsinstrumente sind nach Pharma die wichtigsten Exportgruppen. Seit Jahren kämpfen sie schon mit der steten Aufwertung des Schweizer Frankens. Nun [kommt ein 39-Prozent-Zoll](#) hinzu und eine weitere Aufwertung des Schweizer Frankens aufgrund der globalen Unsicherheit.

„Die US-Zölle beschleunigen den Deindustrialisierungstrend, den wir in der Schweiz beobachten – weg von einem Industriestandort, hin zu einem Hauptsitzstandort“, warnt Nationalrat Fabian Molina, der für die Sozialdemokratische Partei (SP) in der großen Kammer des Parlaments sitzt.

**Betroffen sind vor allem kleinere Betriebe und deren Beschäftigte.** Große Unternehmen wie der Eisenbahnhersteller Stadler Rail haben schon Produktionsanlagen in den USA, einige mittelgroße Unternehmen haben Anlagen in der EU, von denen sie den US-Markt beliefern können. Alle anderen Unternehmen stehen vor Schwierigkeiten. So hat der Kleinflugzeughersteller Pilatus zum Beispiel angekündigt, seine Lieferungen in die USA vorerst einzustellen.

**Die Schweizer Regierung hatte auf eine bessere Behandlung durch Trump gehofft.** Das Land ist sechstgrößter Investor in den USA und in Sonntagsreden werden die USA aufgrund des ähnlichen föderalen Aufbaus gerne als „Schwesterrepublik“ bezeichnet. Nun fürchtet man, dass Trump an der reichen, kleinen Schweiz ein Exempel

statuieren will, um seine Entschlossenheit unter Beweis zu stellen. Sie ist ein einfaches Opfer, denn die Reaktionsmöglichkeiten der Schweiz sind sehr begrenzt. „Vergeltung üben bringt der Schweiz halt einfach nichts“, sagt Legge.

**Deshalb wendet sich der Blick nach Europa.** Die EU ist nach wie vor die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin der Schweiz. Zudem sind die Lieferketten Schweizer Firmen viel stärker mit dem europäischen Ausland verzahnt als über den Atlantik. „Der Binnenmarkt ist für uns kein politisches Projekt, sondern eine wirtschaftliche Lebensader“, sagte Ständerat Damian Müller, der für die FDP in der kleinen Kammer des Parlaments sitzt. „Wer glaubt, man könne sich dauerhaft aus geopolitischen Blockbildungen heraushalten und als bilateraler Kleinstaat mit allen gleichermaßen verhandeln, wird früher oder später mit der Realität konfrontiert“, sagte der Politiker *Table.Briefings*.

**In der Diskussion ist ein bilaterales Vertragspaket, das Ende 2024 fertig verhandelt wurde.** Seit 2008 pocht die EU auf die Weiterentwicklung der Verträge, die der Schweiz den Zugang zum Binnenmarkt gewähren. Unter anderem aufgrund der dynamischen Rechtsübernahme und der Rolle des Europäischen Gerichtshofs ist diese Weiterentwicklung in der Schweiz aber sehr umstritten. Bisher ging man davon aus, dass [erst 2028 über das Vertragspaket abgestimmt würde](#). Nun könnte dies auf Anfang 2027 vorgezogen werden. „Politisch hat das Vertragspaket Rückenwind erhalten“, sagte Molina.

**Die Schweiz sucht auch verteidigungspolitisch vermehrt die Kooperation mit der EU.** So hat die schweizerische Regierung Sondierungsgespräche gestartet, um ein Sicherheits- und Verteidigungsabkommen mit der EU-Kommission auszuloten. Dieses wäre notwendig für eine Teilnahme an gemeinsamen Rüstungskäufen unter dem [SAFE-Programm](#). Zudem werden Stimmen lauter, die eine Bestellung von F-35-Kampffjets aus den USA rückgängig machen wollen und stattdessen eine europäische Lösung bevorzugen würden. Die Schweizer Bundesregierung lehnt dies bisher jedoch ab.

**Wenn der Handelskonflikt anhält, wird sich für die Schweiz auch die Frage des EU-Beitritts wieder stellen.** Aktuell ist diese Forderung in der Schweiz sehr unbeliebt – eine Umfrage im Frühjahr kam auf eine Unterstützung von unter 20 Prozent. „Ich denke, in den kommenden Jahren wird die Beitrittsfrage wieder stärker debattiert werden, aber der Faktor Zölle alleine wird nicht reichen“, sagte Molina. „Diese Forderung müsste insbesondere aus der Wirtschaftselite kommen, aber da sind wir noch nicht.“